

Moorburg: Vereinbarung ab Montag im Internet

Welche Vereinbarung hat Bürgermeister Ole von Beust (CDU) mit dem Energiekonzern Vattenfall zum geplanten Kohlekraftwerk in Moorburg getroffen? Diese Frage, die nicht nur Umweltschützer umtreibt, soll nun beantwortet werden. Wie Umweltstaatsrätin Herlind Gundelach (CDU) während einer Sondersitzung des Umweltausschusses gestern Abend bekannt gab, sollen die Ergebnisse ab Montag ins Internet gestellt werden. Die Sondersitzung mit Experten- und öffentlicher Anhörung war notwendig geworden, weil mehr als 10 000 Hamburger eine entsprechende Volkspetition unterzeichnet hatten.

Hamburgs Umweltverbände wiederholten dabei ihre Kritik am geplanten Kraftwerk. Manfred Braasch, Landesvorsitzender des Hamburger Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) sagte, mit einer Entscheidung gegen Moorburg gehe es auch darum, ein "klimapolitisches Signal" zu setzen. Die Sorge des BUND: Das Kraftwerk belaste die Elbe durch das Einleiten von aufgeheiztem Kühlwasser, außerdem gebe es einen zusätzlichen Ausstoß an Feinstäuben und Stickoxiden. Günter Hörmann (Verbraucherzentrale) nannte das Kraftwerk einen "Rückschlag für die Motivation der Verbraucher", selbst etwas für den Klimaschutz zu tun.

Umweltsenator Axel Gedaschko (CDU) hatte in einer vorab ver-öffentlichten Pressemitteilung vor "Panikmache" gewarnt. Er begrüße "jede begründete Kritik und jeden ernsthaften Hinweis" in Bezug auf Moorburg. Was die Feinstäube angehe, gebe es eine Absprache mit Vattenfall, deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten zu bleiben.

Kommende Woche werden die geänderten Unterlagen zur Sauerstoffproblematik in der Elbe und zur Nachbesserung an der Kühlung am Kraftwerk öffentlich ausgelegt. Ab dem 29. Januar können Hamburger vier Wochen lang Einwände einreichen.

rek

erschienen am 25. Januar 2008